★ ANTIFA JUGENDINFO ★

Antifaschistische Jugend-Zeitung

Ausgabe Hamburg Nr. 12 11/93
VOR SCHULEN UMSONST, SONST 50 Pf.



TANZ AUF DEM VULKAN!

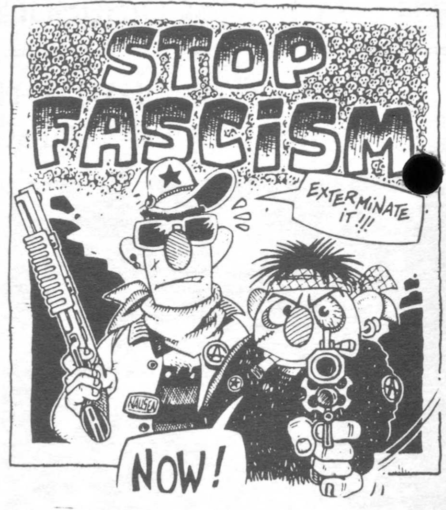
OHNMACHT
WIR SOLLEN
DEN MUND
HALTEN
ABER WIR
LEBEN!
NOCH LAUTER
DENN
WAS HEUTE
NICHT IST
WIRD MORGEN
SEIN!

HAUSMITTEILUNG

guten tach

Wir wollten Euch liebenswürdigerweise ein paar einleitende Worte auf den geheimnisvollen Weg durch das neue Jugendinfo mitgeben. Leider finden uns nicht alle so toll, wie wir das tun (naja...). So ist doch schon die eine oder andere Kritik an unsere stets aufmerksamen Ohren gelangt, und damit Ihr merkt, daß wir über so etwas nicht einfach hinwegsehen, wollen wir hier ein paar Sätze dazu verlieren. Manche Stimmen sagen, die Zeitung wäre unattraktiv, langweillig und teilweise zu propagandistisch geschrieben. Dies war eigentlich der Ansatz für unsere Überlegungen. Diese Überlegungen fingen damit an, daß wir uns zunächst fragten, was wir mit dem Info eigentlich erreichen wollen. Das Ergebnis: Wir wollen auch denen, die sich nicht sonderlich für Politik interessieren, ebenjene ein wenig näher bringen, ihnen ein Stück von unserem Lebensgefühl vermitteln. Dann haben wir uns unser Blättchen noch einmal vor Augen geführt, und sind zu dem Schluß gekommen, am Inhalt doch ein wenig herumzubasteln, das inhaltliche Spektrum zu erweitern, das heißt, das ganze vielseitiger zu gestalten (zum Beispiel den gesamten Bereich Kultur mit reinzunehmen) wobei unser politischer Anspruch natürlich weiterhin bestehen bleibt.
Zum Vorwurf des Propagandismus: Wir werden uns vornehmen, zukünftig ein wenig auf unseren Stil zu achten. Objektivität werdet Ihr aber weiterhin vermissen müssen, schließlich sind wir nicht "Die Zeit", sondern schreiben über die Dinge aus unserer Sicht. Hoffentlich ist es jetzt nicht schon wieder langweilig geworden, obwohl es zu diesem Thema bestimmt noch eine Menge mehr zu sagen gäbe. Also, unsere Bitte an Euch: Wir wollen, daß viele unsere Zeitung lesen und gerne lesen. Wenn Ihr also Kritik und/oder Verbesserungsvorschläge (oder vielleicht auch was Positives?) habt, schreibt es uns einfach. Wie gerne würden wir das Info damit zieren...

Zu dieser Ausgabe, um zu den Wegtips zurückzukommen: Es ist wieder voller toller Artikel, Politik, Tips und Anekdoten. Lest es Euch einfach mal durch, eßt, verbrennt, zerreißt es oder nehmt es als neues Kuscheltier. Und weil noch ein wenig Platz und Zeit ist, nun noch ein wenig Werbung: Wir sind eine tolle Gruppe, die sich viele dufte Sachen ausdenkt, um ihr riesiges Schuldenloch zu stopfen.



Eine davon wäre zum Beispiel unser supertoller Katalog, mit dessen Hilfe Ihr prima Produkte wirklich günstig erstehen könnt. Katalog gibz gegen Rückporto bei uns und nur dort.
Genug jetzt aber der ernsten Reden, auf den nächsten Seiten gibt es eine Menge, was wesentlich interessanter ist...
Eure Lieblings-Antifa.



Viele haben sich bereits dafür entschieden.

Jetzt sollten auch Sie sich anschließen lassen.
Informieren Sie sich bei einem persönlichen Gespräch mit Ihrem Vertriebsberater



c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

EIN KALTER TAG IM HERBST

Es ist Freitag 14.30. Der Wind weht kalt, die Bäume sind mittlerweile schon arg entlaubt. Es ist Herbst und in Hamburg findet ein zähes Ringen um eine mögliche unmögliche Koalition zwischen der SPD und der GAL statt. Niemand blickt durch, keiner kann den Inhalten der Gespräche mehr folgen. Die BürgerInnen haben sich hinter ihren wärmenden Kanonenöfen verschanzt und harren der Dinge, die über diese Stadt kommen mögen. Außer , ja außer zweier wackerer Reporter des ANTIFA-JUGENDINFOS, die sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln aufmachen, der Höhle des Löwen einen Besuch abzustatten.

Unser Interviewpartner heißt Thomas Littmann und verspätet sich, aber das stört uns natürlich nicht im geringsten, haben wir doch so die Möglichkeit, einigen zufällig vorbeischlendernden Abgeordneten der STATT-Partei spontane Fragen zu stellen, deren Antworten wir Euch auch hier natürlich nicht vorenthalten wollen:

AJI: Also, Christian Bölckow, was sagst Du denn zur Hafenstraße?

Christian: Ja, also, ich denke, daß eine sinnvolle Lösung nur mit den Bewohnern zusammen gefunden werden kann und, Gott, dieses Urteil, das kann innerhalb der nächsten dreißig Jahre vollstreckt werden. Ich seh da keinen aktuellen Handlungsbedarf.

AJI: Was sagst Du zu einer eventuellen Koalition der STATT-Partei mit der GAL, im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen mit der SPD ?

Chrischan: Mit der GAL würde ich gerne eine Regierung zusammen bilden. Das geht leider nicht und wenn sich die SPD nicht einig wird mit der GAL, dann werden wir weiter verhandeln.

AJI: Danke

Aha, sehr entlarvend, diese STATT-Partei, faustdick hinter den Ohren haben sie es.

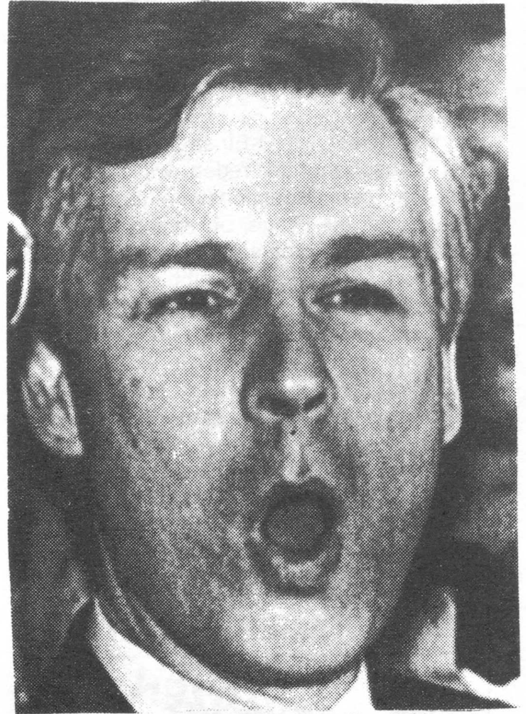
Herr Wegner will nicht mit uns reden. Na, dann eben nicht.

Aha, da kommt Thomas Littmann, eine halbe Stunde zu spät, und das Interview kann endlich beginnen.

AJI: Also, zuerst einmal eine grundsätzliche Frage, inwieweit überhaupt man mit der SPD koalieren kann. Einer SPD, die in ihren inhaltlichen programmatischen Aussagen immer rechtslastiger wird und höchstens nur noch punktuell sich von der CDU unterscheidet. Das Stichwort Flüchtlinge, Lauschangriff oder UNO-Einsätze?

Thomas: Über UNO-Einsätze und auch über Lauschangriffe reden wir hier gar nicht in den Koalitionsvereinbarungen, trotzdem ist die Frage, ob es ein Bündnis mit der SPD problemlos geben kann, sicherlich berechtigt. Es gibt in den Verhandlungen sehr viele unterschiedliche Positionen zwischen SPD und uns. Man muß aber auch sagen, daß in einer Koalition durchaus in einer Reihe von Feldern Kompromisse möglich sind. Wir haben das auch an Themen, die wir bisher behandelt haben, gesehen. Ich möchte ein Beispiel dafür nennen. Es ist sicherlich

möglich, im Bereich der Wohnungspolitik, auf dem Feld des Erhalts von preiswertem Wohnraum eine gemeinsame Politik mit der SPD zu machen. Dies halte ich durchaus, auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten für einen wichtigen Ansatz. Man könnte eine Reihe von weiteren Feldern nennen, auf denen eine solche Zusammenarbeit möglich ist, in anderen Bereichen ist das sehr viel schwieriger.



AJI: Inwieweit macht sich die GAL mit dem jüngsten Kompromißangebot,das unter anderem Hafenerweiterung, vierte Elbtunnelröhre und Elbvertiefung betrifft, zum billigen Jakob (Originalton Krista Sager:"Wir sind nicht der billige Jakob...") ?

Thomas: Über dieses Kompromißangebot ist ja öffentlich sehr viel spekuliert worden. Ich als jemand von den beiden GALiern, der dieses Kompromißangebot unterbreitet hat, werde mich an dieser Spekulation nicht beteiligen, wie sie im Detail aussieht. Es ist ein Kompromißangebot gewesen, von dem wir gesagt haben, es war aus unserer Sicht weitreichend. Es hätte uns im Fall der Realisierung einige Punkte gebracht und wir hätten andere geben müssen. Ich halte das für einen normalen Vorgang, wenn eine Partei 13,5 % und die andere gut 40 % hat, daß nicht die eine Partei alle Punkte durchsetzen kann und die andere Partei auf alle Punkte verzichten muß. Richtig ist die Frage, soweit, als daß man festlegen muß, wo ist die eigene Schmerzgrenze, auf wieviel kann man verzichten. Da können wir als Verhandlungsdelegation nur einen Vorschlag machen an die MItgliederversammlung und die muß zum Schluß entscheiden, ob sie findet, daß die GAL sich teuer genug, oder zu billig verkauft hat. Mein Eindruck, das will ich aber deutlich sagen aus den bisherigen Verhandlungen ist, daß wir keine Position leichtfertig preigegeben haben.

AJI: Kommen wir zum allseits beliebten Thema Hafenstraße. Die SPD beharrt diesbezüglich nachwievor auf einer Räumung. Die Räumung gehört ja zu den sog. Essentials, die Voscherau formuliert hat. Würde die GAL für den Preis einer Koalition eine Räumung der Hafenstraße mittragen?

Thomas: Darauf gibt es ganz einfache Antwort:NEIN. Trotzdem wird man versuchen müssen, einen Weg zu gehen, der den Erhalt der Häuser sichert. Um das mal auf einen einfachen Punkt zu bringen, der Weg, der gegangen wird, ist uns relativ egal, das Ziel muß sicher sein und das muß heißen, die Leute, die dort leben, leben weiter in diesen Häusern und, das will ich dazu sagen, die Pläne der Genossenschaft, die inzwischen ja gegründet ist, sollten in die städtebauliche Gestaltung von St. Pauli miteinbezogen werden.

AJI: Der aktuelle Stand ist ja zur Zeit, daß es doch auf Räumung hinausläuft. Die Hafenrand Gmbh hat die ersten 19 Räumungsklagen allesamt gewonnen und die Hafenrand Gmbh ist ja senatseigen. Müßte da nicht ansich schon im Vorfeld jegliche Koalition unmöglich werden?

Thomas: Herr Dirksen hat zum Ausgang der Prozesse gesagt, daß die Räumung oder Nichträumung letztlich eine politische Entscheidung ist, daß sie nicht auf juristischer Ebene getroffen wird. Und wir betrachten diese Frage auch so. Es ist eine politische Entscheidung. Wir meinen, die SPD kann sich in dieser Frage bewegen. Eine Räumung der Hafenstraße von

einem rot-grünen Senat wäre mit Sicherheit der letzte Amtstag jedes grünen Senators oder Senatorin.

AJI: Jetzt noch eine Frage zu einem anderen Statdtteilzentrum, das auch in seiner Existenz teilweise bedroht ist, der ROTEN FLORA. Die Flora genießt ja eine ziemlich hohe Verankerung im Schanzenviertel.

Thomas: Wir haben im Rahmen der Koalitionsverhandlungen über die Flora bisher nicht gesprochen. Wir werden dieses zu tun haben und nach meinem Eindruck ist es so, daß die Flora ein viel geringerer Punkt der Auseinandersetzung sein wird, als zum Beispiel die Hafenstraße.



AJI: Würde die GAL im Falle eines Scheiterns der Koalitionsverhandlungen mit der SPD, eine Koalition mit der CDU und der STATT-Partei in Betracht ziehen, sowohl VertreterInnen der CDU, wie auch der GAL (Krista Sager) haben erklärt, sich diesbezüglich nicht auf ideologische Positionen festnageln zu wollen?

Thomas: Also, meinem Kenntnisstand nach haben wir in der Verhandlungskommission einen Auftrag, Verhandlungen mit der SPD durchzuführen. Das werden wir tun, die werden wir dann bewerten und eine Empfehlung abgeben. Wenn daraus keine Koalition erwachsen sollte, dann muß die Mitgliederversammlung mal neu nachdenken, was sie möchte. Ich werde dann dafür plädieren, daß die GAL eine starke und konstruktive Oppositionsrolle wahrnimmt. Ich meine, das ist der angemessene Ort, den eine grüne Partei dann hier in Hamburg hat. Vielleicht gibt es einige in der GAL, die für eine andere Position plädieren. Ich kann mir im Moment sehr schwer vorstellen, daß die mit

einer CDU, die hier für Positionen steht, die den unseren diametral entgegengesetzt sind, eine wirkliche Mehrheit auf einer Mitgliederversammlung bekommen.

Zu den Themen, die den Bereich Inneres angehen, durfte uns Thomas Littmann leider keine Antworten geben.

Besagtes zum Zeitpunkt des Interviews noch unbekanntes Kompromißangebot wurde einige Tage später in der Presse veröffentlicht. Mittlerweile sind die Verhandlungen von der GAL ja bekanntermaßen beendet worden, weil sich die SPD unter Notar und Chefkonfirmand VOSCHERAU kein einziges Stück bewegt hat, was sich ja auch schon im Verlauf der Verhandlungen deutlich zeigte. Wie sich da geziert wurde, legte ein ums andere Mal schon den Schluß nahe, die Sozis müßten da mit Aussätzigen eine Koalition bilden und haben letztendlich gar kein Interesse, wirkliche praktische Schritte zu

unternehmen. Nun hat der Konfirmandenflügel sich durchgesetzt und die Verhandlungen mit der bürgerlichen "Protest"-Gruppierung STATT-Partei aufgenommen, was ja vornherein Voscheraus intimster Wunsch gewesen ist. Alles also letztendlich so wie gehabt, die "SozialdemokratInnen" wollen nicht einsehen, daß sie die absolute Mehrheit verloren haben und werden auch versuchen, der STATT-Partei gegenüber ihre Eckpunkte durchzusetzen. Und wir können uns auf weitere vier Jahre Herrschaft der CSU des Nordens einrichten. So ein blasser Haufen will dann auch noch Helmut KOHL , Steffen "Ol" Heitmann und den anderen Gurken den Kampf ansagen. Aber bis dahin werden wohl noch einige Tonnen verschwommener Scharping-Plakate ins Land ziehen.



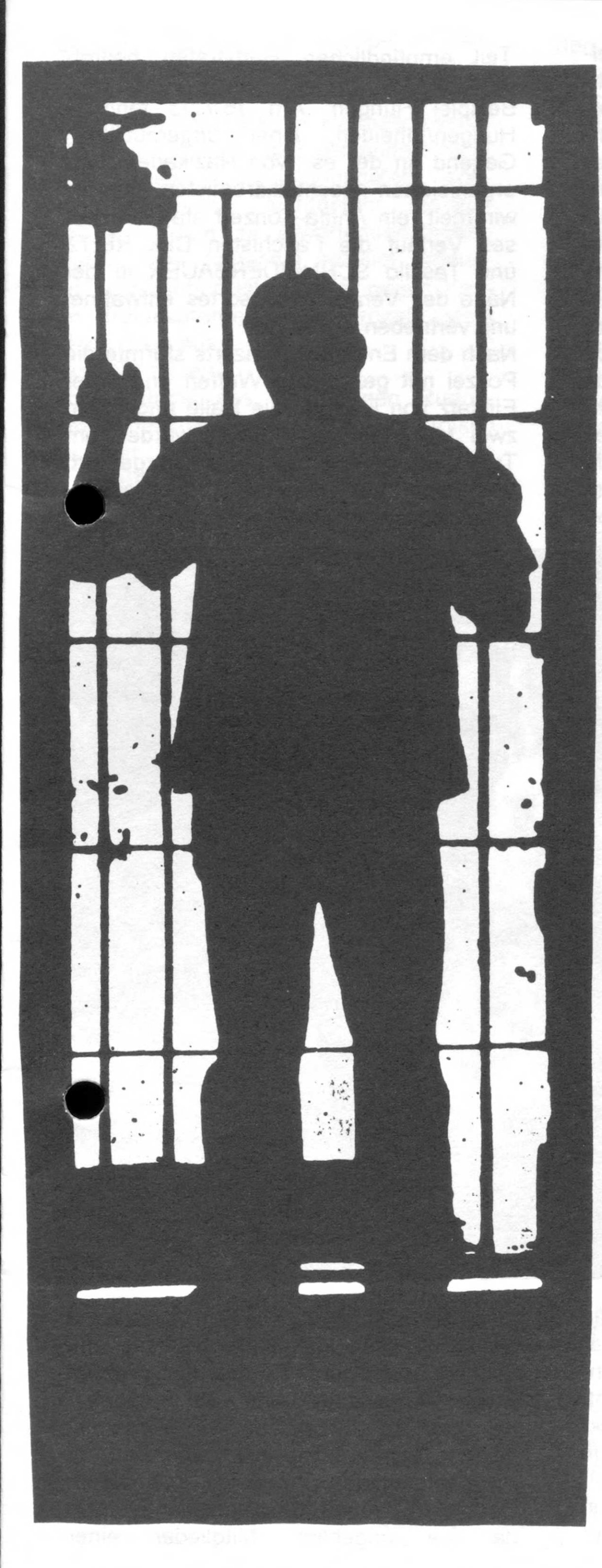
Thomas Littmann

ES GEHT DARUM EIN EXEMPEL ZU STATUIEREN

WÄHREND RASSISTISCHE ATTENTÄTER MIT OFTMALSGERINGEN STRAFEN DAVONKOMMEN,GEHT DER STAAT IMMER HÄRTER GEGEN ANTIFASCHISTINNENVOR

Ein scharfer Wind weht durchs Land. Nicht nur der Naziterror geht zunehmend unbeobachtet von der Öffentlichkeit weiter wie bisher, sondern auch der staatliche Druck auf unabhängige AntifaschistInnen hat in den letzten Monaten stark zugenommen. Dies ist ansich kein Grund, sich verwundert die Augen zu reiben, sind wir doch schon daran gewöhnt, daß die staatliche Politik in Bezug auf Neonazis mit Schmusekurs recht treffend beschrieben ist, gegen die linke hingegen schon seit je her von Unversöhnlichkeit gekennzeichnet ist. Die Polizei schützt Versammlungen und Aufmärsche von Rechtsextremisten, seien sie auch verboten, wie der Rudolf Heß Gedenkmarsch im August in Fulda, die Justiz geht im allgemeinen nur sehr zögerlich gegen faschistische Verbrecher vor und verteilt noch immer nicht selten lächerliche Bewährungsstrafen oder Geldbußen, Verbote von faschistischen Parteien werden rechtzeitig, zum Teil schon Monate vorher, wie jetzt bei der FAP, angekündigt. Alles in allem drängt sich dem/der aufmerksamen BeobachterIn also der Eindruck auf, dem Staat geht es primär nicht um wirksame Bekämpfung des Neonazismus, sondern nur darum, seine Weste nach außenhin möglichst sauber zu halten. Da ist es nur allzu konsequent, daß Justiz und Polizei auf der anderen Seite gegen Linke und Antifas mit unnachgiebiger Härte vorgehen. Es geht uns sicher nicht darum, **gerechte** Verfahren auf beiden Seiten einzuklagen, wir wollen hier nur aufzeigen, daß diese staatliche Politik kalkuliert und sehr wohl durchdacht ist. Die BRD Justiz hat seit der sogenannten "Befreiung" 1945 immer wieder bewiesen, mit welcher unnachgiebigen Härte sie bereit ist, AntifaschistInnen zu verfolgen. Bestes Beispiel ist der Prozeß gegen Gerhard BÖGELEIN, dem vorgeworfen wurde, nach Kriegsende einen Nazirichter umgebracht zu haben. Dieses Verfahren wurde nach über vierzig Jahren wieder aufgerollt, um auch nachträglich zu demonstrieren, daß antifaschistischer Widerstand in der BRD verfolgt wird-und wenn es sein muß, bis zum Tode, wie im Fall Bögeleins, der Anfang des Jahres an den Folgen seiner Haft starb.

Diese Politik ist kein Zufallsprodukt, sie ist Ausdruck der Verhältnisse in diesem Land der faschistischen Einzeltäter. Gerade den autonomen Antifaschismus, der auch die



Zusammenhänge zwischen dem kapitalistischen System und neonazistischer Gewalt sieht und angreift, will der Staat treffen. Und das hat er in der letzten Zeit zur Genüge bewiesen. In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über Gunther aus Wiesbaden. Er hatte das Pech, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, einer Polizeisperre, von der aus er direkt in Untersuchungshaft genommen wurde. Am frühen Abend war es in Mainz zu einer Auseinandersetzung zwischen AntifaschistInnen und Anhängern der verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE gekommen, bei der mehrere Nazis verletzt worden waren. Allein der Fund eines Stuhlbeines und einer Wollmütze in Gunthers Auto reichte den Bullen aus, seine Beteiligung an der antifaschistischen Aktion zu konstruieren. So saß er mehrere Monate in U-Haft, weil der zuständige Haftrichter angesichts des "hohen zu erwartenden Starfmaßes" Flucht- und Verdunkelungsgefahr witterte und obendrein zu dem Ergebnis gekommen war, Gunther gehöre einer antinationalen, sozialistischen Gruppierung an. Erst die dritte Haftbeschwerde der Anwälte hatte Erfolg, und er kam bis zum noch ausstehenden Prozeß auf freien Fuß. Nun sollte mensch spätestens hier stutzig werden, denn die Verhängung von U-Haft ist bei dem Vorwurf der Körperverletzung nicht grade üblich, deshalb auch das Konstrukt der "antinationalen" Gruppierung und bestehender Fluchtgefahr. Auch ein zu erwartendes hohes Strafmaß ist nicht unbedingt zwingend und darum geht es auch nicht primär. Allein eine mehrmonatige U-Haft kann nämlich schon das gewünschte Ergebnis erbringen, den Menschen kleinzukriegen und andere AntifaschistInnen einzuschüchtern. Wenn allein schon der Verdacht, an einer Schlägerei beteiligt gewesen zu sein , Gründe bietet, Leute für Monate hinter Gitter zu bringen, ist eine Verurteilung gar nicht mehr so zwingend.

Dieses Prinzip ist nichts neues. In Göttingen wird seit geraumer Zeit gegen mehrere AntifaschistInnen mit dem §129a ermittelt. Dieser Paragraph, der die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung unter Strafe stellt, ist ein fast reiner Er-

mittlungsparagraph, der nur äußerst selten zu Verurteilungen führt. Er ermöglicht den Behörden aber, ein fast uneingeschränktes Recht, gegen einzelne Menschen vorzugehen. Konkret ging es der Staatsanwaltschaft um meherere Anschläge, die zum Teil 10 Jahre zurückliegen. Im Verlauf dieser Ermittlungen wurden auch vier unter 18jährige Jugendliche vorgeladen. Natürlich nimmt die Staatsanwaltschaft nicht an, daß diese Leute im Vorschulalter bombend durch die Lande gezogen sind, aber allein das schwebende Verfahren ermöglicht den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, Observationen und Hausdurchsuchungen, und verschafft ihnen Einblicke in die jetzige antifaschistische Szene. In Götttingen geht es hauptsächlich um Einschüchterung, allein die Tatsache, daß dieser Staat gegen antifaschistische Jugendliche mit Paragraphenkeulen vorgehen kann, und auch vorgeht, soll potentielle MitstreiterInnen abschrekken. Während die Staatsanwaltschaft in obigem Fall wohl kaum auf eine Verurteilung hinarbeitet, gibt es eine Vielzahl von anderen Fällen, wo Menschen von zum Teil empfindlichen Haftstrafen bedroht sind.



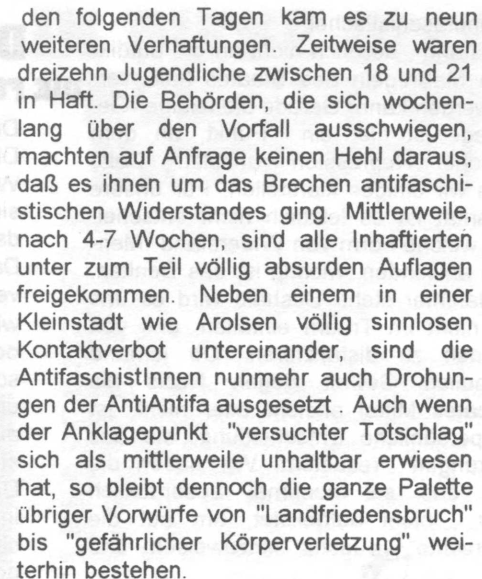
Beispiel Hungen: Am 16.7.93 fand in Hungen/Inheiden, einer ungemütlichen Gegend, in der es von Nazikadern und organisierten Rechtsextremisten nur so wimmelt, ein Antifa-Konzert statt, in dessen Verlauf die Faschisten Dirk REITZ und Tassilo SCHNEIDERBAUER in der Nähe des Veranstaltungsortes entwaffnet und vertrieben wurden.
Nach dem Ende des Konzerts stürmte die Polizei mit gezogenen Waffen und unter Einsatz von Reizgas die Halle und nahm zwei Menschen fest. Beide wurden am Tag darauf dem Haftrichter vorgeführt, von dem ihnen schwerer Landfriedensbruch, schwerer gemeinschaftlicher Raub, gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und die Bildung bewaffneter Haufen vorgeworfen wurde. Diese lange Latte von Vorwürfen, bei Nazis im allgemeinen kein Hindernis, bis zur Verhandlung auf freien Fuß zu kommen, endete für beide mit einem Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefahr, da sie angeblich Mitglieder einer

"radikalen politischen Gruppe" seien. Auch hier also wieder das altbewährte Muster. Während der eine von ihnen nach elf Tagen aufgrund einer Haftbeschwerde auf freien Fuß kam, saß der andere nicht mehr wegen Verdunkelungsgefahr, sondern jetzt wegen Fluchtgefahr, resultierend aus "dem zu erwartenden hohen Strafmaß und fehlender sozialer Bindungen". Inzwischen ist auch er gegen Kaution freigekommen, der Prozeß steht jedoch noch aus.

Beispiel Arolsen:

Am Vorabend des diesjährigen Rudolf-Heß-Gedenkmarsches kam es in Arolsen zu einer Auseinandersetzung zwischen Faschisten der Sauerländer Aktionsfront und AntifaschistInnen, bei der Thomas KUBIAK, Kader der SA und der nationalen Jugend, schwer verletzt wurde. Wie schwer ist indes nicht sicher, hieß es erst er schwebe in Lebensgefahr, so wurden daraus später zwar schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen.

Am 16.8., also zwei Tage später, wurde die erste Person aus Arolsen unter dem Vorwurf des schweren Landriedensbruchs und gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags festgenommen. In



den folgenden Tagen kam es zu neun weiteren Verhaftungen. Zeitweise waren dreizehn Jugendliche zwischen 18 und 21 in Haft. Die Behörden, die sich wochenlang über den Vorfall ausschwiegen, machten auf Anfrage keinen Hehl daraus, daß es ihnen um das Brechen antifaschistischen Widerstandes ging. Mittlerweile, nach 4-7 Wochen, sind alle Inhaftierten unter zum Teil völlig absurden Auflagen freigekommen. Neben einem in einer Kleinstadt wie Arolsen völlig sinnlosen Kontaktverbot untereinander, sind die AntifaschistInnen nunmehr auch Drohungen der AntiAntifa ausgesetzt. Auch wenn der Anklagepunkt "versuchter Totschlag" sich als mittlerweile unhaltbar erwiesen hat, so bleibt dennoch die ganze Palette übriger Vorwürfe von "Landfriedensbruch" bis "gefährlicher Körperverletzung" weiterhin bestehen.

Es gibt noch weitere ähnliche Fälle, jedoch gerade die Verhaftungswelle von Arolsen hat viele von uns in besonderem Maße aufgeschreckt- nicht zuletzt, weil die Leute, die da saßen, zum Teil genauso alt wie wir sind. Hier ist uns ziemlich eindrucksvoll demonstriert worden, daß jegli-

cher antifaschistischer Widerstand , der sich nicht an die aufdiktierten Maßregeln des Staates hält, verfolgt werden kann. Gerade die leidige Gewaltfrage ist hier ein Punkt, an dem staatliche Repression ansetzt. Dazu wollen wir einiges klarstellen: Für unsere Solidarität ist es letztlich nicht entscheidend, welche Form von Widerstand Menschen anwenden, wichtig ist das Denken, daß dahinter steht. Deshalb wird es uns auch nicht im Traum einfallen, uns von einzelnen zu distanzieren. Ob jemand letztendlich Gewalt gegen Nazis als adäquates Mittel ansieht oder nicht, ist eine persönliche Entscheidung, die aus Erfahrungen resultiertt. Wir haben die Fälle, das sei nochmal ausdrücklich betont , nicht aufgelistet, um auf die "ungerechte" Justiz hinzuweisen und



Gleichheit vor dem Gesetz einzuklagen. Das, was wir beschrieben haben, ist in unseren Augen die bundesdeutsche Gerechtigkeit, die wir täglich aufs neue zu erleben gezwunghen sind. Die Tatsache, daß einer der Mörder von Thorsten Lamprecht in Magdeburg auf Bewährung draußen war und somit weiter Terror verbreiten konnte, ist für uns kein Ausrutscher, sondern Symptom der doitschen Realität. Deshalb ist es auch ein Trugschluß, bei der Bekämpfung der Nazis auf Behörden, Polizei und Justiz zu vertrauen. Sie werden nicht härter gegen die Faschisten vorgehen, nur weil wir sie darum bitten. Diesen Kraftaufwand ersparen wir uns lieber gleich. Eigene Initiative bleibt weiterhin das einzige Mittel, dem Rechtsruck in diesem Land etwas entgegenzusetzen. Und für genau diese Eigeninitiative gehen Menschen weiterhin in den Knast.

DIE FESTUNG EUROPA

DIE FOLGEN DES SCHENGENER ABKOMMEN

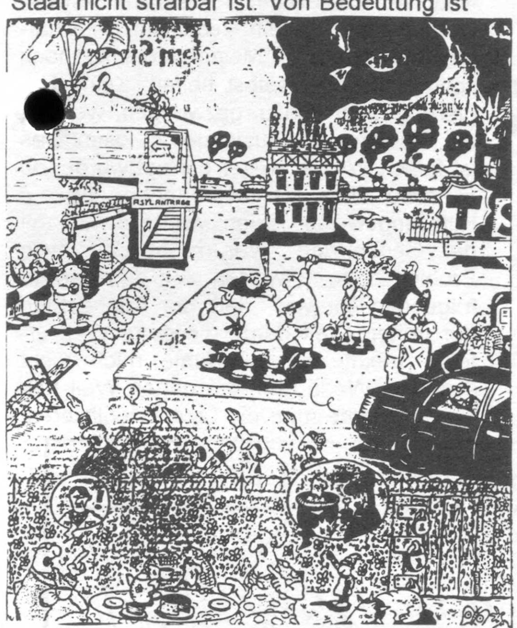
Die Folge des Schengener Abkommens: Die Festung Europa

Wie Ihr sicherlich alle mitbekommen habt, sind unsere PolitikerInnen zur Zeit fleißig dabei, am "Europäischen Haus" zu bauen. Daß dieses nicht ganz so reibungslos verläuft, wie sie sich vorstellen, konnten wir ja alle am Widerstand der DänInnen oder der europäischen Bauern und Fischer sehen. Doch auch wir denken, das die europäische Einigung unter den jetzt ausgehandelten Bedingungen nicht erstrebenswert ist.

Die Gründe hierfür liegen primär in den innenpolitischen Fragen, deren vermeintliche Lösung sich im sogenannten Schengener Abkommen niedergeschlagen hat. Das Abkommen von Schengen kann als innenpolitischer Grundbaustein für das vereinte Europa angesehen werden. Das Vertragswerk zeigt eindeutig, in welchen Richtung der Zug abfahren wird. So soll z.B. zukünftig für hundert Länder die Visumspflicht für die Einreise in EG-Staaten gelten. Wie bereits durchgesetzt, soll nur noch das Land Europas, in das Flüchtlinge zuerst einreisen, für das Asylverfahren zuständig sein. Deutschland hat mit der Verschärfung des Asylrechts und oben benannter Drittstaatenregelung den Ton angegeben und andere EG Staaten haben unlängst nachgezogen, wie beispielsweise Frankreich.

Vom Schengener Abkommen sind somit in diesem Punkt auch die Staaten betroffen, die das Vertragswerk nicht mit unterzeichnet haben. Seit dem 1. Juli werden somit Flüchtlinge, die über Polen oder die Tschechei nach Deutschland eingereist sind, auch eben dort hin wieder abgeschoben. Auch im großen Bereich der inneren Sicherheit sollen mit dem Schengener Abkommen diverse Verschärfungen durchgesetzt werden. Als Beispiel sei hier nur die vergleichsweise liberale Drogenpolitik der Niederlande angeführt. Sollte der Vertrag voll zur Geltung kommen, wird auch diese Gesetzgebung "harmonisiert", das heißt, den übrigen EG-Staaten angepaßt. Eine Politik, die in den letzten Jahren zu einer immer geringer werdenden Zahl von HartdrogenkonsumentInnen

geführt hat, wird also zugunsten der schon bekannten repressiven Drogenpolitik in Resteuropa geopfert.
Gravierende Änderungen in Richtung stärkerer internationaler Vernetzung wird auch der Bereich der Polizeiarbeit erfahren. Es soll in Zukunft möglich sein, vermeintliche StrafttäterInnen über die Grenzen hinweg zu verfolgen, sei es in Form polizeilicher Kooperation oder der Vereinfachung von Auslieferungsverfahren von einem EG-Staat in den anderen, auch wenn das Delikt in dem ausliefernden Staat nicht strafbar ist. Von Bedeutung ist



auch die angestrebte Zusammenarbeit der Nachrichten-(Geheim)dienste mit den Polizeibehörden, die den Aufbau eines umfassenden Informationssystems in Europa zur Folge haben wird. Der Bespitzelung und Überwachung gerade von oppositionellen Gruppen, Flüchtlingen aber natürlich auch von allen anderen Menschen wären somit Tür und Tor geöffnet. Das Schengener Abkommen ist die Grundlage für die "innereuropäische Öffnung", aber eben auch für die Abschottung nach außen und den Ausbau des Repressionsapparates, was Europa immer mehr zu einer Art Festung werden läßt. Einer Festung gegen flüchtende Menschen aus dem Süden und Osten, die draußen bleiben müssen. Daß wir mit einem solchen Europa nicht einverstanden sein können, dürfte wohl klar sein.

IN DIESE DISCO KOMMST DU NICHT REIN

Hast Du das auch schon mal gehört ? Nein ?! Dann liegt es vielleicht daran, daß Du kein Ausländer bist. Hierzu haben wir noch eine kleine Geschichte wie sie das Leben schrieb.
Wir, eine hamburger Gymnasialklasse, wollten während unseres Kurztrips nach Lübeck abends in eine Disco gehen. Guter Dinge und Szenemäßig gestylt gingen wir also los. Unsere gute Laune schlug aber jäh um, als ein türkischer Klassenkamerad von uns an der Disco abgewiesen wurde. Mit der Begründung: Zutritt nur mit Clubausweis. Daraufhin schickten wir einen blonden Mitschüler allein zur Disco, er wurde nicht nach einem Clubausweis gefragt und kam anstandslos in die Disco rein. Als wir dann nachfragten warum der eine reinkommt und der andere nicht bekamen wir keine befriedigende Antwort. Wir sind dann alle woanders hingegangen. Wieder in Hamburg zurück schrieben wir einen Brief an den damaligen Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Björn Engholm. Herr Engholm bedauerte zwar was uns passiert ist, aber schwafelte sonst nur dumm rum.
Soweit zur kleinen Geschichte. In Hamburg ist es aber allabendlich auch nicht besser, zumindest vor Discos wie dem Starnight, dem Posemuckel, dem Fürstenhof und dem Madhouse. In Deutschland ist diese Art der Ausgrenzung nicht verboten, den das Hausrecht auf das sich die Discoeigner berufen erlaubt es jedem den Zutritt zu verwähren. Die Discoeigner mißbrauchen dieses Recht um dafür zu sorgen das nicht "zu viele" Ausländer in ihre Disco kommen, den sie sagen sie hätten in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht, was Gewalttätigkeit betrifft, bei Deutschen differenzieren sie jedoch ganz "normal" danach ob die Leute gewalttätig aussehen oder ob sie in ihre Zielgruppe passen.Bei Ausländerinnen ist es etwas anderes solange sie gut aussehen werden sie reingelassen, weil sie "exotisch" sind und weiteres deutsches



Publikum anlocken. Diesen Rassismus und Sexismus sollten wir uns nicht gefallenlassen. Wenn ihr euch das also nicht gefallenlassen wollt dann boykottiert diese Discos und sagt es weiter.

TYPE-O-NEGATIVE

Type-O-Negative wollen mal wieder den Versuch starten, in Europa auf Tournee zu gehen, in Hamburg am 14.12. gemeinsam mit den Ramones und Sisters of Mercy. Ihr letzter Versuch entsprach allerdings nicht ihrer Vorstellung. Aus nach unserer Meinung berechtigten Gründen wurde ihre letzte Tournee europaweit boykottiert und verhindert. Dieser Boykott beruhte hauptsächlich auf einem Interview zwischen Peter STEELE, dem Kopf von T-O-N und dem Rock Hard, in dem er ein paar mehr als fragwürdige Statements abgab. Er behauptete, daß alle alten Anschuldigungen gegen ihn ausschließlich auf Verständigungsfehler zurückzuführen seien und daß er nie etwas rassistisches, faschistisches oder sexistisches gesagt hätte, obwohl seine letzte Band CARNIVORE allgemein als rechtsextrem bekannt war. Ein Beispiel dafür wäre das Hakenkreuz, welches ihr Plattencover "schmückte". Jetzt aber wieder zum Interview: Auf die Frage, ob es nicht Asylbewerber gäbe, die ein Recht auf Hilfe hätten, antwortete er:"Meiner Meinung nach sollte sich jeder selbst helfen. Keine Regierung kann dazu gezwungen werden, die Probleme der Ausländer zu lösen. Das ist falsch." Als er weiter gefragt wurde, ob es nicht doch Menschen gäbe, die auf Hilfe angeweisen seien, wußte er nur mit der Gegenfrage "Warum ist das mein Problem?" zu antworten. Auf den daraufolgenden Hinweis, daß die Ausbeutung der dritten Welt durch die erste Welt erfolgt, meinte er "Ich fühle mich nicht schuldig. Wenn man der dritten Welt helfen will, sollte man die Leute sterilisieren.

Dann gäbe es weniger Kinder, die verhungern müssen. Stop fucking and start working." Welche menschenverachtende Einstellung Peter STEELE hat, dürfte jetzt wirklich allen klar sein. Im Oktober 93 kam es nun auf Wunsch von Peter STEELE zu einem neuen Interview mit dem Rock Hard, um "seine Ansichten zu erklären". Diese Ansichten erscheinen uns allerdings wieder etwas mehr als fragwürdig. So weiß er auf konkrete Fragen, die sich auf seine Aussagen vom letzten Interview beziehen, nur damit zu antworten, daß er andere Probleme hat, als sie Leute in Europa haben. Wir haben Rassismus und er die Gefahr von Wohnungseinbrüchen. So ziemlich das Gleiche also. Auf die Frage, ob es nicht normal wäre, wenn jemand auf den Titel "Der Untermensch" auf extreme Weise reagiert, antwortet er, daß er den Song jetzt auch umbenennen würde. Aus "Der Untermensch" würde nach STEELE dann "subhuman" werden, was uns zeigt, über was für Ansichten (und welchen Intellekt) STEELE verfügt. Als er auf den SOng "We hate everyone" angesprochen wird, beweist er uns mit seiner Antwort, daß er jeden haßt, egal welcher Rasse er angehört (einschließlich der linken Szene in Europa) , was für ein Rassist er ist, da es für ihn mehrere menschliche Rassen gibt. Mit seinem Haß gegenüber den europäischen Linken zeigt er nur noch, daß er zu seinen alten Aussagen steht und nichts dazugelernt hat.

Da wir eine Band wie T-O-N nicht akzeptieren, und da wir eine Nazi-Band nicht auf einem Konzert spielen lassen wollen, erst recht nicht, wenn sie damit werben, daß Nazis nicht in die Halle kommen, werden wir für die Einhaltung dieses Versprechens sorgen. Also, TYPE-O-NEGATIVE werden weder hier noch anderswo spielen.

Um ihren Auftritt zu verhindern, haben wir bis jetzt Briefe an die Veranstalter WOM und German Tours geschrieben in denen wir sie auffordern, T-O-N von dem Konzert auszuschließen. Außerdem sind Stellungnahmen von uns an mehrere Musikfachzeitschriften, Tageszeitungen und an die Kulturbehörde geschickt worden. Da wir hoffen, daß diese Schritte ausreichen, um zu verhindern, daß T-O-N uns mit ihren Songs "Jesus Hitler", "Der Untermensch" und "Race war" nerven,



haben wir noch keine weitergehenden konkreten Vorstellungen, wie wir verfahren wollen. Falls das Briefeschreiben alleine doch nicht helfen sollte, werden wir uns weitere Schritte überlegen, um dieses Konzert zu verhindern. Achtet also auf Aufrufe. Bis dahin hoffen wir, daß auch Ihr Euren Protest gegen eine solche Band bei den Veranstaltern ausdrückt und Euch auch natürlich keine Karten kauft.



WOHIN DIE LIEBE SO FÄLLT

So, nun wird´s auch im Antifa-Jugendinfo mal wärmer...

So wahnsinnig viel hat sich ja nun nicht verändert in dieser Gesellschaft. Mann/Frau kommt zwar nicht mehr auf den Scheiterhaufen oder ins KZ, aber alles guckt betretten drein, die Eltern finden es schade, daß sie keine Enkelkinder haben werden und so manche Freaks und sogar Antifa Mitstreiter fühlen sich angesichts eines Schwulen in ihrer Umgebung gleich angemacht.

Die Gesellschaft verlangt nun mal ein anständiges Ehepaar mit arbeitendem Manne und Kind, Hund, Auto...

Ein "richtiges" schwules/lesbisches Ehepaar könnte man ja akzeptieren, wenn sie sich sonst in diese öde Industriegesellschaft eingliedern würden, wenn das dann aber irgendwelche "Zecken" oder "Staatsfeinde" sind, die unsere schöne Grundordnung umstürzen wollen, geht es aber wirklich zu weit!

Als linke/r Lesbe/Schwuler steht mensch also gleich in zweierlei Hinsicht außerhalb dieser Gesellschaft. Den gewissen Freiraum der siebziger Jahre, den das Post-68er-Vakuum brachte, haben das immer noch als "Schwulenseuche" geltende Aids und dessen Förderer, der Papst, wieder eingeschränkt. Hinzu kommt der allgemeine Rechtsruck, der beispielsweise einem Peter Gauweiler erlaubt, die Forderung aufzustellen, HIV-Positive zum Schutz der (Reichs-)Volksgesundheit in geschlossenen Lagern zu internieren. So wundert es nicht, daß viele junge Lesben und Schwule sich nicht mehr oder nur sehr spät ins Coming out (Bekenntnis zum Schwulsein) trauen.

Generell haben es Lesben natürlich noch viel schwerer in dieser Gesellschaft öffentlich zu ihren Gefühlen zu stehen, weil sie eben auch noch aufgrund ihres Ge-

schlechts einer größeren Unterdrückung ausgesetzt sind. Den meisten Männern scheint es zutiefst unheimlich zu sein, daß Frauen auch ohne sie Spaß im Bett haben können.

Jedes Jahr pünklich zum Sommerloch tauchen in den großen Illustrierten wieder Artikel darüber auf, daß irgendein Pseudowissenschaftler ein Gen, eine präpubertäre Prägung oder einen Erziehungsfehler entdeckt hat, die endlich erklären, warum es Homosexualität (diesen die Schamesröte verdeckenden Fachausdruck vermeide ich bewußt) gibt. Warum es Heteros gibt, ist noch nie untersucht worden. Mich interessiert nicht, warum ich schwul bin, sondern, was ich gegen die verdeckte bis offene Diskriminierung tun kann.
Was muß nun gegen Diskriminierung getan werden ?
- Streichung des diffusen Begriffes der "Sittengesetze"
- Einfügung des Satzes "Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung benachteiligt werden" in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes.
- Zulassung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften.

immer noch ist diese Grundgesetz durchweht vom Muff der 50er Jahre und von mittelalterlichen kirchlichen Moralvorstellungen. So existiert z.B. noch immer der § 175, der sexuelle Handlungen zwischen volljährigen und minderjährigen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe stellt. Damit ist wohlgemerkt keine Vergewaltigung sondern jede Liebesbeziehung gemeint .Zur Geschichte des §175 ist zu erzählen, daß er im 19. Jh. in Preussen verfaßt wurde. Daß er sich nur auf Männer bezieht, liegt daran, daß Mann sich damals gar nicht vorstellen konnte, daß Frauen eine eigene Sexualität, geschweige denn Homosexuallität haben. 1935 faßten ihn die Nazis in einer verschärften Form (Homosexuelle wurden als sogenannte "Volksschädlinge" in Zuchthäuser oder KZ´s gesteckt). In der von den Nazis verwendeten Form stand der §175 bis 1970 im Gesetzbuch, da er nach Ansicht eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes 1957 kein typisches Nazigesetz sei. Nichtsdestotrotz existiert dieser Paragraph in einer leicht entschärften Version auch heute noch, und noch immer werden Schwule auf seiner Grundlage verurteilt. Die Forderung muß deshalb lauten, den § 175 komplett zu streichen.



Eine weitere Forderung ist die Anerkennung geschlechtlicher Verfolgung als Asylgrung. In vielen Ländern dieser Erde (z.B. in Rumänien, vielen islamischen Staaten und auch in Süd-Ostasien) werden Schwule und Lesben nach wie vor in Gefängnisse gesteckt, gefoltert und ermordet. In den Augen der BRD Justiz war dies bisher kein spezifischer Grund für Asyl.

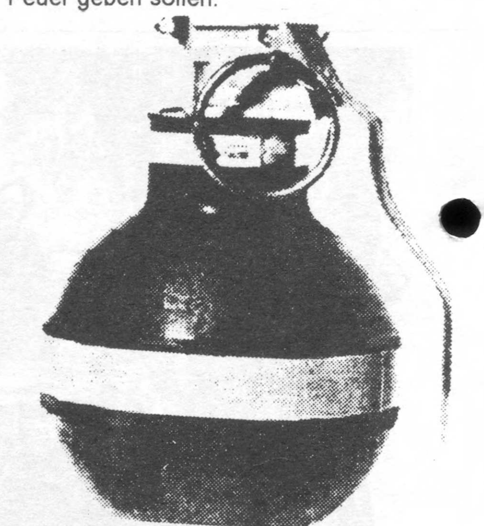
Auch wird es endlich Zeit, Entschädigungen für die vielen NS-Opfer einzuklagen. Die Hunderttausenden von Schwulen und Lesben, die in die KZ verschleppt wurden und die die Vernichtungsmaschinerie überlebten, haben bis heute keinen Pfennig Entschädigung von der Bundesregierung erhalten.

EVIL POSER

...ODER BODY COUNT IST IN HAU

Was für ein Poser kann ein Mensch sein? ICE-T ist die endgültige Antwort auf diese Frage! Danke, lieber ICE-T, daß Du uns mit Deiner Anwesenheit beehrt hast! Wir hätten sonst nie den Unterschied zwischen einem Poser & Heuchler und einem Original gelernt. "Fuck the american way!" schwadronierte er durch die Große Freiheit: Auf dem Wege "seines" Motherlands Afrika ist er bestimmt nicht zu seiner achso kleinen Villa in Beverly Hills oder weiß der Geier wo, jedenfalls nicht in South Central (hoffentlich in Malibu!) gekommen.

Mal abgesehen davon, daß ICE-T nicht in South Central, sondern in New York aufgewachsen ist, und dann irgendwann mal die Küste wechselte, ist seine ganze Band ein cleverer Kommerzfeldzug, aber auch nicht mehr: Richtig, es handelt sich um BODY COUNT, um die Leichenzähler (wie hart!) also. Abgesehen davon, daß jedem Mädchen und jeder Frau, die etwas auf ihre Würde hält, augenblicklich ein 50 cm langes Stilett in der Tasche aufgehen sollte, um "Evil Dick" mal ein wenig zurechtzustutzen, sollte erwähnt werden, daß BODY COUNT eine gezielt zusammengestellte Truppe ist (die sich nicht zufällig auf der Highschool zusammengefunden hat), die dann jeweils Unterricht bei fähigeren Leuten aus der Sparte schnell, laut und in jenen Fällen gut, genommen haben. Als da wären: Ian Scott (Anthrax), Dave Mustaine (Megadeth) etc. Ja, richtig, deswegen die scheinheiligen Danksagungen in dem Booklet. Mal abgesehen davon, daß der Sound zum Kotzen war, waren auch die beiden Gestalten Sean E Sean und Sean E Mac, die während der ganzen 90 Minuten einmal um die eigene Achse rotierten (wohl um mit dem fetten BODY COUNT- Aufdruck auf der Jacke nochmal klarzustellen, wo man sich befand) und sonst unbeweglich Zigarrenatrappen schmauchten, mehr als oberpeinlich. Jemand hätte den Jungs Feuer geben sollen.



Nein, ICE-T, Du bist nicht mehr der Obergangsta, da haben Dir andere Posercriminalz den Rang abgelaufen. Aber es ist wohl nicht anzunehmen, daß Du **bewußt** Systemkritik vermarktest, das sei Dir

zugute zu halten. Und auch Deinen widerwärtigen Sexismus kann man inzwischen nicht mehr nur Dir vorhalten, da sich der Großteil der **amerikanischen** Hip Hop Szene damit schon längst selbst verseucht hat. Daß sie sich so gegen Rassismus wehrt und gleichzeitig so sehr "bitches fuckt" und "Dicksuckers killt", also Heterofrauen und Homos diskriminiert, ist eine ziemlich bittere Ironie; denn ob man nun wegen der Hautfarbe oder der Sexualität diskriminiert wird, bleibt sich eigentlich ziemlich gleich.
Trotzdem, lieber ICE-T, auch wenn Du eigentlich ein armes Arschloch bist, verdanken wir Dir solche Stimmungsmelodien, wie "COPKILLER" und das um dieses Lied veranstaltete Spektakel, das von dieser Seite der Dünnsäurebrühe betrachtet, ziemlich unterhaltsam war. Und bevor Du nun wütend Deinen Rotz die Nase hochziehst: Es war sehr konsequent von Dir, das Label zu wechseln, da Dir ja die Warner Bros. den Mund verbieten wollten.

Es sollten auf jeden Fall auch noch die beiden Vorbands erwähnt werden: EROTIC JESUS und die FRESH FAMILEE. Abgesehen davon, daß EROTIC JESUS technisch ungefähr 13.068.331 mal besser waren als BODY COUNT selbst (was'n Wunder), war ihr Programm eigentlich ganz nett: Zeitgemäß (ein bißchen bei Clawfinger geklaut, ein bißchen mehr bei Rage against...), voll im Trend, der Starschnitt demnächst in Eurem Jugendinfo.

"Fuck the Skins"-- Vielleicht ein ein bißchen naiver Titel für ein "politisches" Lied, allerdings war der Text ganz geil. Auch sonst hat die Fresh Familee ganz witzige Texte: "Wir sind aus Ratingen-Wes(t), hauen jedem in die Fress', sind asozial, radikal und voll brutal." Jaaaaaaaawollllll !!! Endlich mal coole Typen, die sich nicht zieren, zu ihrem Primitivo-Dasein zu stehen. Die Bierkastenfußballfernsehfront steht zu Euch. Es gibt noch viele Fahrstühle, urinieren wir sie gemeinsam voll. Vielleicht sollte man die mit echten (!) Musikern eigespielte Musik nicht unberücksichtigt lassen: Ziemlich groovy, funky und sowieso ein kleinen Tick jazzy, also ziemlich dizzy, um es mal deutlich zu sagen. Alles in allem ziemlich deff und abgespacet, ziemlich hip weil hop, und überhaupt nicht so schlecht (weil kommerziell), wie alle behaupten.

WIR HABEN WAS ZU SAGEN...

...ÜBER EINEN LESERBRIEF DEN WIR NICHT ABDRUCKEN WOLLEN

Wie schon im letzten Jugendinfo am Rande erwähnt, haben extrem rechts gesinnte Volksgenossen ein unwiderstehlichen Drang, uns mit Zehnmarkscheinen zu beglücken. Ansich kein Grund, Trübsal zu blasen. Neuerdings jedoch wird versucht, uns klarzumachen, das wir dumm und gewalttätig seien sowie - ist ja klar - auf der falschen Seite stünden. Die "guten" deutschen Jugendlichen hingegen seien immer die armen Opfer, welche völlig ungerechtfertigt verurteilt beziehungsweise angegriffen werden (mit "guten deutschen Jugendlichen" meinte der Leserbriefschreiber in diesem Fall natürlich "nationale" Jugendliche, und fairerweise muß festgestellt werden, daß wir ja nun auch mehrheitlich Deutsche sind). Fast hätten wir Mitleid mit jenem Menschen bekommen, so herzzerreißend war sein Brief - aber auch eben nur fast. Gemischt mit etwas Rassismus und der Verharmlosung faschistischer Morde, verlangte der Naseweis doch allen Ernstes den Abdruck seines Briefes nebst unserer Antwort an genau dieser exponierten Stelle. Diesen Gefallen werden wir ihm aber nicht tun. Damit dies klargestellt sei, führen wir im folgenden auf, warum es mit faschistischen Gesellen keine öffentliche Diskussion geben kann und darf:

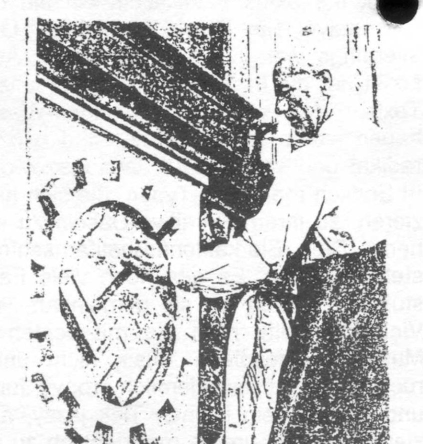
1. Wir können nicht mit Leuten diskutieren, die uns vielleicht wenige Stunden später zusammenschlagen. Jede Diskussion kann diesen Leuten Informationen liefern, die sie für ihre Terroraktionen nutzen können.
2. Wer mit Nazis diskutiert, macht sie hoffähig: "Ihr seid halt Linke oder Liberale, wir sind eben Nationalsozialisten."
3. Diskussionen mit Faschos sind eine Verhöhnung ihrer Opfer. Genau solche Leute, die uns hier schreiben, liefern den geistigen Füllstoff für die Morde und Pogrome gegen AusländerInnen.



4. Es geht dem rechtsextremen Lager momentan gerade darum, durch seine Revisionismus-Kampagne, seine Behauptung, in Auschwitz habe es keine Gaskammern gegeben, in die Diskussion einzubringen. Nach dem Motto: "Manche glauben eben, es habe Gaskammern gegeben, und andere eben nicht."

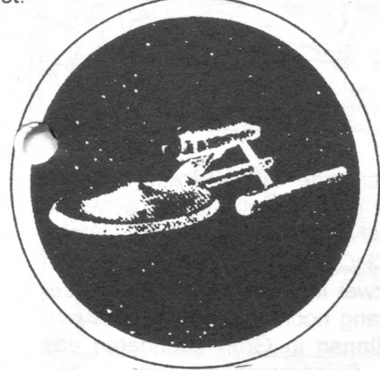
5. Unsere wichtigste Waffe im Kampf gegen die Alt- und Neo-Nazis ist deren Ausgrenzung. Viele ihrer Parolen fallen bei einem Teil der Bevölkerung, der bereits rassistisch denkt, auf fruchtbaren Boden. Aber viele dieser Menschen schrecken dennoch zurück, weil sie mit den Verbrechen des dritten Reiches nichts zu tun haben wollen.

Dies ist das erste und letzte Mal, daß wir unser Statement abgegeben haben. Hoffentlich haben das alle verstanden, das heißt, auch all jene, die uns ominöse Briefe ohne Absender zuschicken. Um das aber am Ende nochmal ganz, ganz deutlich zu sagen. Wir wollen eine öffentliche Diskussion über unsere Zeitung und wir wollen auch Kritik, und wenn sie noch so vernichtend ist. Wir sind keine Götter, wißt Ihr ja selbst, und deshalb solltet Ihr Euch jetzt nicht abgeschreckt fühlen, uns kritische Briefe zu schicken



KURZ UND SCHMERZHAFT

...verlief im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf die Begegnung zweier flugblattverteilender "Republikaner" mit AntifaschistInnen im Schanzenviertel, so steht es jedenfalls zu vermuten. Und damit steigen wir auch wieder gleich voll ein in unsere beliebte Rubrik, in der Euch auch diesmal wieder ein Kessel Buntes erwartet.



Hamburger Nazis um NL-Chef Christian WORCH (ja, genau den, der höchstpersönlich im Wahlkampf über die Unversehrtheit seiner Plakate wacht) haben es jetzt auch endlich geschafft, einen Telefonanschluß mit einem Anrufbeantworter auszurüsten und nennen das ganze ganz originell "Nationales Infotelefon", auf dem sie dem/der interessierten Anrufer/in cirka 10 Minuten schlecht recherchierte Infos über "die Antifa" und eigene AufmArschtermine präsentieren. Hört sich wirklich sehr eindrucksvoll an, sollte uns im übrigen aber keine grauen Haare wachsen lassen, denn die Sachen werden eh mehrheitlich nicht durchgezogen. Wer weiß, was in ihren wirren Köpfen außer Mord und Totschlag noch so vorgeht, verwirren lassen WIR uns jedenfalls nicht so schnell und wenn sie wirklich mal was vorhaben, kriegen wir das schon raus. Die einzigen, die die Faschos in die Wüste schicken, sind dann nur noch ihre unorganisierten Kameraden und das ist ja schon wieder ein Grund, fröhlich und ausgelassen zu sein.

Ein Schlag ins Wasser war sicherlich die angekündigte Störung eines Antifa-Infostandes Ende September in Tostedt. Das Nationale-Infotelefon hatte im Vorfeld dazu aufgerufen, sich unauffällig anzuziehen, einige Nazis hatten diese Direktive jedoch wohl etwas falsch ausgelegt, so daß es zu recht lustigen Szenen kam. Sascha BOTHE, Anti-Antifarecke aus Tostedt kam in Frauenkleidern daher, was ihm aber nicht viel nutzte. Gleich zweimal sogar...

Überhaupt sollten die BOTHEs zukünftig etwas kürzer treten. Wir kennen nämlich so einige Anekdoten aus ihren Billstedter Jugendjahren, die garantiert peinlich werden könnten. Mach mit, mach's nach, mach's besser - Diese Devise aus alten DDR-Tagen hätte Ian STUART DONALDSON, Sänger der Nazikultband SKREWDRIVER und Organisator des europaweiten Faschoskinnetzwerkes BLOOD & HONOUR beherzigen sollen. Er hat es nicht besser gemacht und sich bei den Lenkungsproblemen seines Automobils konsequent totgefahren. Eigentlich sind Scherze darüber nicht angebracht. Der Sänger der Erfurter Nazi-Band BRUTALE





HAIE könnte ein Lied darüber singen, aber er kann es nicht, da ihn ein ähnliches Schicksal ereilt hat. Das Auto, das ihn überfuhr, hinterließ keine Bremsspuren, ob das was zu bedeuten hat? Zurück zum

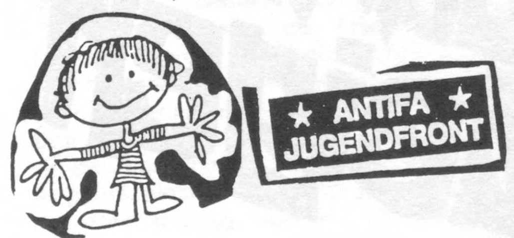


Mit ihren Bildern möchte Beate Gröschler die Betrachter anregen, sich selber zu erleben.

Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg. Was haben wir uns im nachhinein darüber gefreut, daß wir die Pressekonferenz der DVU im Rahlstedter Hotel EGGERS nicht verhindert haben. So wurden uns einige Aussagen des wirklich strunzdummen DVU-Spitzenkandidaten Rudolf REIMERS präsentiert - das Lachen wollte kein Ende mehr nehmen. Die Hotelleitung hat sich später nur sehr halbherzig und lediglich mit dem Argument der Geschäftsschädigung vom DVU Treffen distanziert. Das ist in Zeiten rassistischer Anschläge und Morde aber entschieden zu wenig. Nicht weit entfernt, im Farmsener CHEZ MOI,



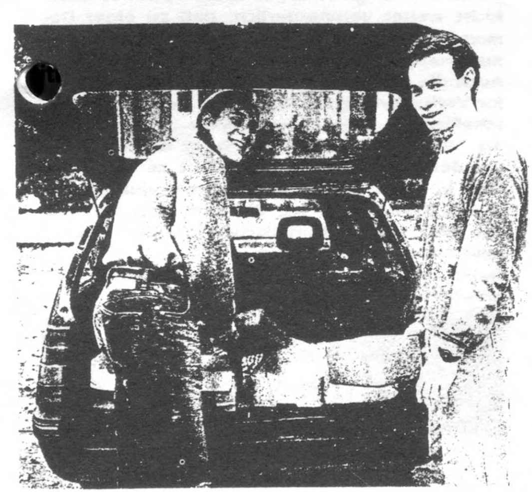
das pikanterweise einem Iraner gehört, treffen sich immer mal wieder gerne die REPUBLIKANER. So auch am Wahlabend. SCHÖNHUBER himself bekam dann von zwei Mitgliedern einer Farmsener Streetgang noch ein Ei an den Kopf. Die FreundInnen in Grün beendeten das gemütliche Beisammensein, als 150



IMPRESSUM
Das ANTIFA-JUGENDINFO hat leider immer noch keinen neuen Namen, wird aber weiterhin herausgegeben von der Hamburger ANTIFA-JUGENDFRONT. Die Zeitung erscheint als Eigendruck im Selbstverlag in einer Auflage von 5000 Stücken und wird kostenlos vor Schulen verteilt. Nachdruck, auch auszugsweise, wird natürlich immer gerne gesehen, allerdings würden wir uns über die Zusendung eines Belegexemplares freuen.
Vielenvielen Dank an alle, die uns wiedermal nach allen Kräften unterstützt haben und an alle, die das Info an kalten Tagen frühmorgens vor ihren Schulen verteilen.
Die Zeitung erscheint erfrischend unregelmäßig, das wird sich so schnell auch wohl nicht ändern. Über zugesandte Artikel freuen wir uns unmäßig und drucken sie allgemeinhin auch ab.
V.i.S.d.P.:Sven Hansen über Redaktionsadresse und die ist, jetzt alle: ANTIFA-JUGENDINFO c/o Schwarzmarkt Kleiner Schäferkamp 46 20357 Hamburg. Stand der Ansage: Ende November 1993...

Antifas anrückten. Der Wirt soll Gerüchten zufolge mittlerweile zum Ehrenmitglied ernannt worden sein. Ein "Ehrenausländer" sozusagen, da fällt uns dann aber auch nicht mehr viel zu ein. Eingefallen ist der bundesdeutschen Polizei aber eine ganze Menge, um die hohe Zahl rassistischer Gewalttaten entscheidend zu dezimieren. In Saarbrücken zum Beispiel ermittelte sie einen 20jährigen als Täter zweier Brandanschläge auf türkische Wohnhäuser, aber, zum Glück, kein Nazi, gar kein Rassismus als Motiv, sondern einzig und allein private Gründe. Der junge Mann hatte nämlich kurz zuvor 20 DM an einem Spielautomaten verloren und da mußte er sich halt irgendwo abreagieren. Ganz normal eigentlich, beim Skat verloren, in Scheiße getreten, Telekom-Rechnung war zu hoch, erstmal ein paar Ausländer anzünden. Und wenn es dann mal ausnahmsweise kein frustrierter Glücksspieler war, dann war's halt die PKK, denn die hat schließlich auch was gegen TürkInnen. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß ein Anschlag auf einen türkischen Gemüsehändler in Wiesbaden Mitte November bestimmt aus den Reihen der PKK kam...Jaja, unsere Polizei, immer gut drauf, immer für einen günstigen Scherz zu haben. Ansonsten fielen uns jetzt natürlich noch eine ganze Menge interessanter Neuigkeiten ein, aber der Platz ist mal wieder viel zu knapp. "Fieb hail" würde Friedhelm BUSSE, inzwischen zahnloser Führer der FAP dazu sagen.

Euer Sonic Sven von der Anti-Anti-Antifa



Arne Weise (links) und Jens Kolberg – Zivildienstleistende aus Potsdam – beim Entladen ihres Autos.

Wacht auf !
Die herrschende Normalität durchbrechen-den Tatsachen in die Augen schauen.

In der Nacht auf den 23.11.92 starben bei einem rassistisch motivierten Brandanschlag in Mölln Ayse Yilmaz, Bahide Arslan und Yeliz Arslan. Neun weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Zwei Tage zuvor wurde der Antifaschist Silvio Meier auf einem Berliner U-Bahnhof erstochen. An diesem Wochenende im November 1992 fielen somit vier Menschen der rechtsextremistischen Gewalt zum Opfer. Aufgrunddessen demonstrierten Zehntausende von Menschen in den folgenden Wochen gegen Rassismus und Faschismus, in vielen Städten kam es zudem zu den inzwischen wohlbekannten Lichterketten.

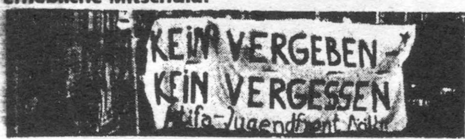
Doch nach anfänglich gezeigter Betroffenheit, nahm alles seinen gewohnten Gang in Deutschland. So wurden im Laufe dieses Jahres bisher schon über 10 Menschen von Faschisten ermordet, wieviele es am Ende des Jahres sein werden, vermag niemand zu sagen.
Faschistische Morde und Anschläge gehören in Deutschland weiterhin zur Tagesordnung. In den bürgerlichen Medien sind diese Angriffe schon längst zur Randnotiz geworden. Als im Juni 1993 durch einen Brandanschlag in Solingen fünf Menschen getötet wurden und es daraufhin zu teilweise gewalttätigen Protesten kam, wurden diese in den Vordergrund gerückt. Daß 5 Menschen aus rassistischen Motiven ermordet worden sind, wurde in schon traditioneller Weise in den Hintergrund gestellt. Das Augenmerk von staatlichen Organen und Medien richtete sich einmal mehr gegen die Menschen, die sich nicht mehr mit ihrer Opferrolle abfinden wollten, sondern anfingen, sich zu wehren.

Ein weiteres Indiz für den Rechtsruck in dieser Gesellschaft ist die faktische Abschaffung des Artikel 16 , Absatz 2 GG durch eine große Koalition aus CDU/CSU, FDP und SPD. Seit dem 26.5.93 ist es somit keinem Flüchtling mehr möglich über den Landweg nach Deutschland zu kommen, um hier sein Recht auf Asyl wahrzunehmen. Von der "Einschränkung des Asylrechts" zu sprechen, wie es die herrschenden PolitikerInnen tun, ist daher blanker Hohn.
Daß der Brandanschlag von Solingen nur drei Tage nach der Entscheidung des Bundestages kam, läßt darauf schließen, daß sich die Täter ermutigt und in ihrem bisherigen Handeln bestätigt sahen.

Durch ihre jahrelange Hetze gegen Flüchtlinge, schärfere Sicherheits- und AusländerInnengesetze und eine gigantische Umverteilungspolitik von unten nach oben haben die Regierenden in Bonn das Klima geschaffen, in dem sich der Rechtsextremismus ausbreiten konnte. Sie sind somit mitverantwortlich für Anschläge wie in Mölln und Solingen.

Daß die Herrschenden kein Interesse haben, die FaschistInnen zu bekämpfen, wurde an den Ereignissen vom 14.8.93 in Fulda deutlich. Dort konnten 500 Neonazis, geschützt von der Polizei, eine verbotene Kundgebung abhalten. Als Entschuldigung wurde später hervorgebracht, es seien nicht genügend Einsatzkräfte vorort gewesen- eine dreiste Lüge, war es der Polizei doch sehr wohl möglich, mit einem größeren Aufgebot cirka 800 GegendemonstrantInnen an der Fuldaer Stadtgrenze festzuhalten.

In Möln kam es nach den Anschlägen zu starken Protesten. Doch als es nur vier Monate später erneut einen Brandanschlag, diesmal auf die örtliche Flüchtlingsunterkunft, gab, war von der anfänglichen Wut und Empörung nichts mehr zu sehen und zu spüren. Alles nahm seinen gewohnten Lauf. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß zu einer Demonstration nach den Morden von Solingen nur knapp 250 Menschen zusammenkamen.
Auch die örtlichen PolitikerInnen haben durch ihr Verhalten dieses Klima des Vergessens geschaffen. Es ging ihnen primär darum, Mölln als "ausländerfreundliche" Stadt darzustellen, um der Tourismusbranche nicht zu schaden. Daß in Mölln schon seit Jahren eine starke rechte Szene aktiv ist, die vom Nazi-Skin bis zur NPD und militaristischen Bünden reicht, wurde weggelogen, damit
tragen auch die KommunalpolitikerInnen eine erhebliche Mitschuld.



Deshalb fordern wir, daß:

- **die verantwortlichen PolitikerInnen endlich die Konsequenz aus ihrem Fehlverhalten ziehen.**
- **die örtliche antifaschistische Arbeit nicht länger von der Stadt behindert und kriminalisiert wird.**
- **in Mölln und anderswo entschieden gegen rechtsextreme Aktivitäten vorgegangen wird.**
- **Sondergesetze gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen abgeschafft werden.**

In Mölln hat, wie in ganz Deutschland ein Verdrängungsprozeß eingesetzt, der faschistische Gewalt mehr und mehr zur Normalität werden läßt. Auch dieser Entwicklung des Vergessens müssen wir unseren Widerstand entgegensetzen, deshalb rufen Möllner AntifaschistInnen mit Unterstützung aus anderen Städten zu einer bundesweiten antifaschistischen und internationalistischen Demonstration auf. Ausdrücklich wollen wir nochmals betonen, daß wir keine nationalistischen Bekenntnisse, sei es in Form von Parolen oder Fahnen dulden werden. Faschisten,egal woher sie kommen, haben auf dieser Demonstration nichts zu suchen!



Neulich vor dem Möllner-Kindergarten...

DEMO
27.11.1993

Kämpfen wir gegen das Verdrängen!
Nie werden wir die Opfer vergessen!

Die herrschende Normalität durchbrechen, den Tatsachen in die Augen schauen

27.11.1993, Mölln, 13⁰⁰ Bauhof

★ Antifa ★
Jugendfront

diese Demo wird unterstützt vom bundesweiten Jugendantifazusammenhang,
bestehend aus der *ANTIFASCHISTISCHEN JUGEND*, den *Edelweißpiraten* und der *Antifa Jugendfront* u.a.

